

1,5 Millionen Krankenkassengelder gegen die Gesundheitsinitiative

Helsana-Manager Christian Beusch wird im Tagesanzeiger mit der Aussage zitiert, "Die Krankenkassen müssen die Interessen der Versicherten vertreten und haben deshalb die Pflicht, sich zu dieser gefährlichen Initiative zu äussern." Wie bitte? Was ist denn an der Gesundheitsinitiative so gefährlich? Sie verlangt hauptsächlich die einkommens- und vermögensabhängige Finanzierung der Krankenkassen-Grundversicherung. Sie verlangt also etwas, das für andere staatliche Aufgaben wie Schule, Verkehr, Polizei schon immer selbstverständlich gewesen ist.

Ein Viertel der Bevölkerung der Schweiz hat "dauerhaft Probleme", die Krankenkassenprämien zu bezahlen. Dies hat die repräsentative GfS-Umfrage von Claude Longchamp im September letzten Jahres ergeben. Das sind Leute, die jeden Franken vor dem Ausgeben zwei mal umdrehen. Das sind Leute, welche (nicht zuletzt gerade wegen der Krankenkassenprämien) oft unter Existenzängsten leiden, schlaflos sind, Magenschmerzen, Kopfweg haben. Bis weit in den Mittelstand hinein ist die Prämienhöhe eine Belastung in der Grössenordnung der direkten Steuern, zehn Prozent und mehr.

In dieser Situation versteigt sich dieser grössenwahnsinnige Krankenkassenmanager doch tatsächlich zur arroganten Behauptung "...die Interessen der Versicherten zu vertreten...". Die einzigen Interessen, welche er vertritt, sind seine eigenen und jene, seiner Manager-Kollegen, welche mit ihren Viertelmillionen-Einkommen bei Annahme der Gesundheitsinitiative mehr Prämien bezahlen müssten.

Vollkommen skandalös ist die Absicht des Krankenkassenverbandes, anderthalb Millionen Franken gegen die Initiative einzusetzen. Skandalös und eigentlich auch dumm. Was kümmert es Krankenkassen eigentlich, von wem wieviel Prämien bezahlt werden? Für sie ist doch eigentlich nur wichtig, dass die Prämien überhaupt bezahlt werden – mit möglichst wenig Verwaltungsaufwand und möglichst keinen Verlusten. Gerade dies garantiert die Gesundheitsinitiative jedoch viel eher als das jetzige Kopfprämien-system.

Eigentlich müssten die Krankenkassen deshalb – wenn schon – anderthalb Millionen für die Initiative einsetzen.

VUA – Vereinigung unabhängiger ÄrztInnen
Dr. med. David Winizki, FMH Allgem. Medizin